

Innovation ist GRÜN:
Leitlinien für eine neue nordrhein-westfälische Innovationspolitik

Beschluss der Grünen Landtagsfraktion vom 16.10.2007

NRW ist eine Region, die ihre Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Welt weder aus der Realisierung eines niedrigen Lohnniveaus noch aus der besonderen Verfügbarkeit eines zukunftsweisenden Rohstoffes beziehen kann. Die Zukunft NRW liegt vielmehr in der Erschließung der Ressource "Wissen". Dies bedeutet: Nur über die fortwährende Entwicklung von Innovationen werden Produkte und Dienstleistungen aus NRW auf den nationalen und internationalen Märkten bestehen können.

Insofern muss sich auch die industriepolitische Neuausrichtung NRW vor dem Hintergrund des beschlossenen Ausstiegs aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau vordringlich an der Sicherung der strukturellen Innovationsfähigkeit des Landes orientieren. Nur durch eine klare Fokussierung auf zukunftsweisende industrielle Branchen und Technologiefelder wird das Land die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des Strukturwandels bewältigen können. Dies gilt vor allem für Felder, in denen auf bestehenden Stärken aufgebaut werden kann, aber auch für solche, deren Entwicklungspotential sich erst in Zukunft voll entfalten wird.

Durch die Verknüpfung der europäischen Kohäsionspolitik mit der Lissabonagenda ist der Begriff "Innovation" auch in den Mittelpunkt der zukünftigen Ziel2-Förderung (EFRE) gerückt. Aus unserer Sicht muss der Fokus dabei vor allem auf Technologien zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz gelegt werden. Er muss ferner auf die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie den Technologie- und Wissenstransfer gerichtet werden; aber auch auf innovative Dienstleistungen und Projekte in den Bereichen Medien, Kreativwirtschaft, Logistik, Umwelt Gesundheit und Senioren.

Wir Grüne wollen diese Prozesse nicht nur kritisch begleiten, sondern aktiv mit gestalten und Leitlinien für eine neue nordrhein-westfälische Innovationspolitik entwickeln.

I. Innovation - was ist das eigentlich?

Innovation ist mehr als eine Erfindung

Der Begriff "Innovation" steht für Neuerungen, die als Neuerungen akzeptiert werden und sich gesellschaftlich bzw. betrieblich durchgesetzt haben. Innovationen sind

damit mehr als Erfindungen (Inventionen), die sich - unabhängig von der gesellschaftlichen bzw. betrieblichen Durchsetzung - auf die Gewinnung neuen Wissens beziehen. Eine Idee oder eine Erfindung als solche begründet noch keine Innovation, erst ihre erfolgreiche Umsetzung in der Praxis bzw. am Markt lässt aus einer Idee oder einer Erfindung eine Innovation werden.

Innovationen entstehen durch neue Technologien

Der Begriff "Innovation" wird sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in der politischen Diskussion ganz überwiegend mit Begriffen wie "Technologie" oder "technologischer Fortschritt" verbunden. Diese Verknüpfung ist folgerichtig, da speziell im Technologiebereich entscheidende Impulse für grundlegende Neuerungen und qualitative Produktvorsprünge ausgelöst werden können. Nicht folgerichtig und nicht Ziel führend ist es hingegen, Technologiefelder anhand des Grades der Forschungsintensität (also des Anteils der Ausgaben für FuE am Umsatz) in "Spitzentechnologie" und "hochwertige Technologie" zu unterteilen, da diese Differenzierung einen Qualitätsunterschied indiziert, der de facto nicht besteht. Für sich genommen kann eine Unterteilung in "Spitzentechnologie" und "hochwertige Technologie" auch nicht als ein Indikator zur Ableitung strategischer Handlungsoptionen einer nordrhein-westfälischen Technologiepolitik herangezogen werden. Entscheidungen zur Entwicklung und Förderung bestimmter Technologiefelder können vielmehr nur in Verbindung mit einer Herausarbeitung der branchenbezogenen Stärken NRWs und einem anschließenden Abgleich dieses Profils mit bestimmten gesellschaftlichen, unternehmerischen und technologischen Trends erfolgen.

Innovation ist mehr als Technik

In der faktischen Gleichsetzung von Innovation und Technologie konstituiert sich aber auch eine Verengung des Innovationsbegriff auf den Bereich der Wirtschaft bzw. auf ein einzelnes als besonders dynamisch eingeschätztes Segment dieses Bereiches, während alle anderen gesellschaftlichen Ebenen, auf denen Neuerungen angestoßen und umgesetzt werden, unberücksichtigt bleiben. Dabei wird zudem oftmals übersehen, dass technologische Innovationen stets auch das Produkt der organisatorischen und institutionellen Bedingungen sind, unter denen sich der jeweilige Erkenntnis- und Implementierungsprozess vollzieht. Insofern dürfen technische Aspekte nicht losgelöst von organisatorischen Konzepten und ihrer gesellschaftlichen Einbettung betrachtet werden.

Innovation betrifft Produkte *und* Prozesse

Zu beobachten ist ferner, dass unter Innovationen oftmals in erster Linie neue Produkte verstanden werden, während organisatorische Neuerungen – seien sie verfahrenstechnischer oder prozessbegleitender Natur – vernachlässigt werden.

Dabei wurde bereits bei der wissenschaftlichen Einführung des Innovationsbegriffes zu Beginn des 20. Jahrhunderts betont, dass zum Wesen des Innovationsbegriffes neben technischen Neuerungen stets auch Neuerungen auf organisatorischem Gebiet zählen. Dies belegt die betriebliche Praxis, wo Prozessinnovationen nicht selten erst die Voraussetzungen für die Herstellung neuer Produkte schaffen. Und auch nicht-technische Verfahrensoptimierungen können, indem sie zu einer signifikanten Senkung der kalkulierten Produktionskosten führen und damit die Marktdurchdringung eines Produktes letztlich erst ermöglichen, konstitutiv für Produktinnovationen sein.

Innovationen setzen Interdisziplinarität voraus

Die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen technischen, organisatorischen und gesellschaftlichen Neuerungen verlangen einen interdisziplinären Wissenschaftsansatz. Fachisoliertes Forschen wird die Generierung von Innovationen letztlich eher behindern denn befördern. Hinzu kommt, dass nur in Verbindung mit einer interdisziplinären Ausrichtung eine mit Blick auf die zunehmende Komplexität der Innovationsprozesse unverzichtbare Abschätzung der Folgerisiken möglich erscheint. Insofern dürfte zukünftig auch den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften eine steigende Bedeutung sowohl bei der Auslösung als auch bei der Umsetzung von Innovationsprozessen, nicht nur bei Innovationen im gesellschaftlichen oder administrativen Bereich, sondern auch und gerade in den traditionell mit dem Begriff Innovation verbundenen technischen Bereichen, zukommen.

II. Merkmale einer GRÜNEN Innovationsökonomie

GRÜNE Innovationspolitik setzt auf Wertschöpfung **und** Nachhaltigkeit

Der Wert von Innovationen wird häufig vor allem daran gemessen, ob und in welchem Umfang sie unmittelbar mit wirtschaftlicher Wertschöpfung und der Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen verbunden sind. Mittelbare Effekte wie die Auswirkungen auf Klima und Umwelt, aber auch gesellschaftliche Folgen für Teilhabe und Chancengerechtigkeit spielten hingegen bisher kaum eine Rolle und sind erst in den letzten Jahren zunehmend ins Blickfeld der öffentlichen Diskussion geraten. Anspruch GRÜNER Innovationspolitik muss es sein, Wertschöpfung und Nachhaltigkeit miteinander zu verknüpfen und als gleichrangige Ziele in Innovationsprozessen zu implementieren.

GRÜNE Innovationspolitik setzt auf Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE)

Grundlegendes Fundament von Innovationen ist die Forschung. Insofern ist es unverzichtbar, dass NRW seine Investitionen zum einen in Bildung und zum anderen

in Forschung und Entwicklung deutlich erhöht und mittelfristig der Barcelona-Verpflichtung nachkommt, zumindest 3 % des BIP für Forschung und Entwicklung auszugeben. In der Pflicht stehen hier neben der öffentlichen Hand und den Hochschulen vor allem auch die großen nordrhein-westfälischen Unternehmen, die – zumindest in einzelnen Branchen – ihre Hausaufgaben bislang nicht gemacht haben.

GRÜNE Innovationspolitik setzt auf Qualifikation

Damit sich Neuerungen gesellschaftlich durchsetzen und somit aus Inventionen Innovationen werden, muss das in Forschungseinrichtungen akkumulierte Wissen in Unternehmen transferiert und hier von gut ausgebildeten MitarbeiterInnen produkt- und prozessbezogen umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass Unternehmen, die Innovationen generieren wollen, eine strategische (Fach)personalplanung vornehmen und fundiert und passgenau ausbilden müssen. Darüber hinaus muss die Wirtschaft ihre Anforderungen an die Hochschulausbildung konkreter als bisher formulieren und sich auch stärker bei der Konzipierung und Weiterentwicklung von entsprechenden Studiengängen - insbesondere bei den Ingenieurwissenschaften - einbringen.

GRÜNE Innovationspolitik setzt auf Vernetzung

Die Entwicklung von Innovationen setzt voraus, dass Strukturen und einzelne Akteure zusammen gebracht werden, Ideen und nötiges Komplementärwissen zusammen gebracht werden, Projekte und Geld zusammen gebracht werden und Hochschulen und Unternehmen zusammen gebracht werden. Dies bedeutet: Innovationspolitik ist Vernetzungspolitik.

GRÜNE Innovationspolitik setzt auf Genderpotenziale

In hohem Maße ist der Erfolg von Forschung und Innovation davon abhängig, wie sich neue Ideen und Produkte bei den KundInnen behaupten. Demgegenüber steht die Feststellung des Instituts für angewandte Informationsforschung, dass Innovationsflops in Deutschland ein Massenphänomen sind. Hauptursachen liegen in der einseitigen Technikorientierung und der fehlenden Markt- bzw. KundInnennähe. Märkte verändern sich unter den Bedingungen der Globalisierung zum Teil rapide, gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen und beschleunigen den Wandel. Dazu gehört nicht zuletzt der Wandel des Geschlechterverhältnisses. Frauen werden als Unternehmerinnen und Managerinnen, als Wissenschaftlerinnen und Forscherinnen, aber auch als selbstbewusste Konsumentinnen sehr viel stärker als bisher die gesellschaftlichen Entwicklungen prägen. Durch eine Gender-Perspektive können Nutzungszusammenhänge erkannt und für Produktenwicklung und Dienstleistungen eingesetzt werden. Hier liegt die Chance, neue Ideen und damit neue Märkte zu generieren sowie bestehende Märkte zu erweitern. Angesichts eines wachsenden

weiblichen Kundenpotenzials bietet die Berücksichtigung von Gender in Unternehmen und in der Forschung wertvolle Optimierungsansätze.

GRÜNE Innovationspolitik setzt auf fairen Wettbewerb

Innovationen erfordern eine Kultur des Wettbewerbs. Denn nur dort, wo es zu einem Wettstreit um die besten Ideen und Umsetzungen kommt, werden jene kreativen Freiräume und jene Leistungsanreize entstehen, die nötig sind, um Innovationen tatsächlich entfalten zu können. Dies gilt umso mehr, wenn Wettbewerb nicht als Selbstzweck, sondern als ein Instrument begriffen wird, um bestimmte ökonomische, ökologische und soziale Ziele zu erreichen. Dabei wird ein solcher Wettbewerb sein Innovationspotenzial auch nur dann voll ausschöpfen können, wenn er auf klar definierten und Chancengleichheit eröffnenden Spielregeln beruht. Ziel muss somit die Implementierung einer Wettbewerbsstruktur sein, die maximale Innovationsanreize auf der Grundlage von Regeln und Zielen setzt, die von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden.

Zum Wesen von Wettbewerb zählt auch ein weitgehender Verzicht auf Subventionen. Subventionen dürfen grundsätzlich nur noch als degressiv ausgestaltete Anschubhilfen in ausgewählten Zukunftsbereichen und nicht mehr als unbefristete Daueralimentierungen in strukturkonservierenden Branchen getätigt werden. Andernfalls verhindern sie, dass der für hochentwickelte Gesellschaften zentrale Produktionsfaktor Wissen in jene Bereiche geht, in denen er seine höchste Innovationskraft entwickeln kann. Subventionen in Technologien von gestern führen zu einer erheblichen Schwächung des Innovationsstandortes NRW.

GRÜNE Innovationspolitik setzt auf Unternehmensgründungen

Wettbewerb bedeutet zudem, dass nicht erfolgreich operierende Unternehmen aus dem Markt aus- und neue Unternehmen mit neuen Ideen in den Markt eintreten. Im Ergebnis führt dies dazu, dass auch latente gesellschaftliche Trends und potenzielle Nachfrageimpulse aufgegriffen und in Form von neuen Produkten und neuen Problemlösungen abgebildet werden. Unternehmensgründungen sind somit ein wesentliches Merkmal für einen erfolgreichen Innovationsprozess. Um dabei auch der internationalen Vielfalt der nordrhein-westfälischen Gesellschaft und den sich hieraus ergebenden besonderen Innovationspotenzialen gerecht zu werden, ist es von hoher Bedeutung, auch die Gründungsideen von MigrantInnen abzurufen.

GRÜNE Innovationspolitik setzt auf den Mittelstand

Neben großen bahnbrechenden Innovationen gibt es viele Neuerungen in Form kleinteiliger Produktverbesserungen und Prozessoptimierungen. Diese inkrementellen Innovationen sind oft nicht das Resultat intensiver FuE-Prozesse in den entsprechenden Abteilungen großer Konzerne. Sie entstehen vielmehr zumeist

in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Rahmen des Qualitätsmanagements oder als Antwort auf die von Kunden formulierten Anforderungen. Speziell KMUs sind aufgrund ihrer hohen betrieblichen Flexibilität, zu der sie in Folge ihrer schlanken Planungs- und Produktionsstruktur befähigt, aufgrund ihrer in der Regel eher geringen Marktmacht aber auch gezwungen sind, prädestiniert für die Entwicklung diesbezüglicher Innovationen.

Allerdings sind bei weitem nicht alle kleinen und mittleren Unternehmen dazu in der Lage, die von ihren Kunden formulierten produktbezogenen Weiterentwicklungsanforderungen zu erfüllen. Für diese Unternehmen wäre es förderlich, die Anforderungen ihrer Kunden nach erfolgter Analyse in die FuE-Prozesse von Hochschulen und Forschungsinstituten einspeisen zu können. Dies könnte z. B. durch so genannte Technologie-Consultants oder InnovationsassistentInnen erfolgen, die zum einen die Herleitung und Formulierung der Anforderungen in den Unternehmen coachend begleiten und zum anderen über die erforderlichen Kontakte zu Hochschulen verfügen.

Weitere Ansatzpunkte für eine bessere Innovationsgenerierung in KMUs könnten sich aus einer verstärkten Forschungsk Kooperation einzelner Unternehmen untereinander sowie aus der Förderung technologieorientierter Serviceleistungen z. B. im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben.

GRÜNE Innovationspolitik setzt auf die Anreizfunktion hoher Standards

Unternehmen werden immer dann nach neuen Verfahren und Produkten suchen, wenn sie das aktuell vorgehaltene Warensortiment in absehbarer Zeit nicht mehr einsetzen können und insofern ein erhöhter Anreiz zur Entwicklung neuer Lösungsmuster besteht. Ein solcher Anreiz kann vor allem durch die Existenz hoher Standards ausgelöst werden, da diese - unabhängig davon, ob sie in Form ambitionierter Zielwerte über das Instrument des staatlichen Ordnungsrechts oder streng marktorientiert auf der Basis eines Top-Runner Ansatzes implementiert werden - eine Dynamik begründen, in der alle in diesem Marktsegment tätigen Akteure mit Blick auf mögliche First Mover Vorteile bestrebt sein werden, die vorgegebene Marke bzw. den bisherigen Produktführer zu übertreffen. Insofern gehören hohe Standards zu den Wesensmerkmalen innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen. Eine Perspektive hingegen, die - abgeleitet aus einem fehlgeleiteten Verständnis von Bürokratieabbau - auf die Rückführung bzw. den Abbau von Standards setzt, verkennt deren grundlegende Anreizfunktion und wird letztlich die Generierung von Innovationen eher blockieren denn forcieren. Dies zeigt sich insbesondere in Verbindung mit den großen ökologischen und klimapolitischen Herausforderungen, bei denen entscheidende Innovationsimpulse nur durch hohe und ehrgeizige Standards und Ziele ausgelöst werden können.

GRÜNE Innovationspolitik setzt auf wohlverstandenen Bürokratieabbau

Innovationen sind fast schon per definitionem immer wieder auch das Resultat schneller und unkonventioneller Prozess- und Entscheidungsabläufe. Dies bedeutet: Innovationen und Bürokratie passen nur schwerlich zusammen. Die Forderung nach Innovationen umfasst somit immer auch die Forderung nach Bürokratieabbau. Speziell mit Blick auf die kleinen und mittleren Unternehmen kann hier - insbesondere auf Bundesebene - noch einiges getan werden. Zwar sind diese von vielen bürokratischen Anforderungen (Stichwort: Berichtspflichten) nicht betroffen, aber dort, wo sie betroffen sind, ist die Belastung für sie überproportional groß, da sie dann stets einen vergleichsweise hohen Teil ihrer finanziellen und personellen Ressourcen einsetzen müssen. Umgekehrt brauchen gerade kleine und mittlere Unternehmen die Rechtssicherheit klarer Genehmigungs- und Verfahrensabläufe. Insofern ist ein Ansatz, der einen bedingungslosen Bürokratieabbau fordert und so kleinen und mittleren Unternehmen eben diese organisatorischen und normativen Leitplanken entzieht, kontraproduktiv, da er den Abruf vorhandener Innovationspotenziale nicht befördert, sondern behindert.

GRÜNE Innovationspolitik setzt auf private und öffentliche Wagniskapital-Angebote

Innovationen wird es niemals zum Nulltarif geben. Dies bedeutet: Unternehmen brauchen Geld. Nur dann werden sie ihre Innovationskraft auch wirklich entfalten können. Dies gilt insbesondere für jene jungen High-Tech-Unternehmen, die ihre Ideen und Projekte nicht über thesauriertes Eigenkapital, über Bankkredite oder über die Generierung eines Cash-Flows finanzieren können. Für diese Unternehmen gilt es, ein zielgerichtetes Wagniskapital-Angebot zu schaffen, das insbesondere die seed-Phase abdeckt. Angesichts der diesbezüglichen Zurückhaltung privater Wagniskapital-Investoren sind hier auch der Bund bzw. die Länder über ihre Förderinstitute gefordert.

GRÜNE Innovationspolitik setzt auf die Balance von Verwertungsschutz und Diffusion

Die Entwicklung von Innovationen hängt zudem davon ab, inwieweit den Unternehmen, die diese Innovationen ausgelöst und zur Marktreife gebracht haben, ein effektiver Verwertungsschutz garantiert wird. Ohne entsprechende Nutzungs- und Zugangsbeschränkungen würde Unternehmen der Anreiz fehlen, die erforderlichen Anstrengungen und die damit verbundenen Investitionen vorzunehmen. Mit Blick auf die gesellschaftliche Innovationsdynamik insgesamt jedoch ist eine möglichst schnelle Diffusion des neuen Wissens und der neuen Technologien wichtig, da nur unter dieser Prämisse hierauf aufbauend Anschlussinnovationen entwickelt werden können. Diese beiden Interessenausrichtungen – das ökonomische Interesse des einzelnen Innovationsträgers (Anreizfunktion) und das gesamtgesellschaftliche Interesse an einer möglichst breiten Nutzung (Inputfunktion) – gilt es, in eine Balance zu bringen.

III. GRÜNE Innovationen für NRW

Der GRÜNE Innovationsbegriff setzt - ohne dabei eine Unterteilung zwischen Spitzentechnologie und hochwertiger Technologie vorzunehmen - auf die Entwicklung und Förderung forschungsintensiver Technologiefelder. Zugleich bezieht er aber auch organisatorische und gesellschaftliche Innovationsprozesse unmittelbar mit ein. Hinzu kommt, dass er auf einer steten Verzahnung u. a. mit der Gesundheits-Umwelt und Verbraucherpolitik beruht und auf dieser Grundlage alle Neuerungen auch danach hinterfragt, welche Auswirkungen sie auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft haben. Denn erst durch ihre nachhaltig positive Wirkung auf die lokale und globale gesamtgesellschaftliche Entwicklung wird für uns GRÜNE aus einer Neuerung auch eine echte Innovation.

Mit Blick auf die zentralen gesellschaftlichen Zukunftsherausforderungen ist es das Ziel einer GRÜNEN Innovationspolitik für NRW, Innovationen zu identifizieren, anzustoßen und zu befördern, die das Potential haben,

- die Lebensbedingungen der Menschen in NRW nachhaltig zu verbessern
- Zukunftschancen insbesondere für die mittelständische Wirtschaft in NRW zu eröffnen und damit auch
- zukunftssichere Arbeitsplätze für die Menschen in NRW zu schaffen

Dabei konzentrieren wir uns auf die Felder, die in verschiedenen Studien als Felder mit besonderen Stärken und Chancen in und für NRW identifiziert worden sind:

- Energie- und Umwelttechnologien
- Neue Werkstoffe und Produktionstechnologien
- Logistik und Mobilität
- Gesundheit
- (wissensbasierte) Dienstleistungen

Ein Vergleich mit den von der Landesregierung auf der Grundlage derselben Studien identifizierten fünf "Leitmärkte" zeigt auf den ersten Blick eine hohe Übereinstimmung. Ein Blick auf die von der Landesregierung innerhalb dieser Leitmärkte definierten 16 "NRW-Cluster" zeigt jedoch, dass hier gerade solche Bereiche ausgespart oder unterrepräsentiert sind, die besonderes Potential für echte Innovationen im Sinne einer nachhaltigen Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen haben. Aus GRÜNER Sicht sind daher zwischen den und innerhalb der identifizierten Innovationsfelder bzw. "Leitmärkte" andere Schwerpunktsetzungen notwendig, um tatsächlich optimale Bedingungen für eine Innovationsoffensive in und aus NRW zu schaffen.

So finden beispielsweise Energiespartetechnologien oder Erneuerbare Energien bisher keinen Platz in den Clustern des Leitmarktes "Energie", obwohl sie im Innovationsbericht der Landesregierung selbst die wesentlichen Schwerpunkte in diesem Bereich bilden. Im Leitmarkt "Gesundheit" erfolgt eine einseitige Konzentration auf Medizintechnik, die die großen Potentiale im Dienstleistungsbereich und im Bereich der alternativen Medizin ungenutzt lässt. Vernachlässigt werden auch die unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten besonders wichtigen Aspekte der Material- und Ressourceneffizienz, bei denen in NRW ebenfalls auf vorhandenen Stärken aufgebaut werden könnte, sowie weitere Felder insbesondere im Bereich der nicht technologie-gebundenen Innovationen.

Beschlussvorschlag:

Die GRÜNE Landtagsfraktion beschließt daher, einen Innovationsbeirat aus Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft einzuberufen, dessen Aufgabe es sein soll, die Fraktion bei der Identifizierung von Fragestellungen und Projekten mit besonderen Innovationschancen zu unterstützen.

Dieser Beirat soll in der zweiten Jahreshälfte 2007 seine Arbeit aufnehmen und bis Ende 2008 Empfehlungen zur zukünftigen Ausrichtung der Innovationspolitik vorlegen.

Als Mitglieder des Beirates konnten u. a. gewonnen werden:

- **Prof. Dr. Peter Hennicke**, Bergische Universität Wuppertal
- **Prof. Dr. Ruth Becker**, Universität Dortmund, Netzwerk Frauenforschung
- **Prof. Dr. Franz Lehner**, Lehrstuhl für angewandte Sozialforschung an der Ruhr-Uni-Bochum und Direktor des IAT in Gelsenkirchen
- **Prof. Dr. Claus Leggewie**, Sozialwissenschaftler
- **Britta Steilmann**, Unternehmerin
- **Prof. Dr. Brigitte Witzer**, Unternehmerin

Parallel zu dieser inhaltlichen Neuorientierung wird die GRÜNE Landtagsfraktion die bestehenden Instrumente der Innovationsförderung, zur Förderung des Technologietransfers und zur Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen daraufhin untersuchen, ob sie geeignet sind, die Innovationspotentiale effizient und umfassend auszuschöpfen. Im Anschluss sollen dann Vorschläge zur Optimierung der bestehenden Rahmenbedingungen und Unterstützungsstrukturen sowie der einzusetzenden Instrumente erarbeitet werden, damit die identifizierten Innovations-

potentiale zum Nutzen der Menschen in NRW auch tatsächlich abgerufen werden können.

Dr. Ruth Seidl MdL, wissenschaftspolitische Sprecherin

Johannes Remmel MdL, umweltpolitischer Sprecher

Reiner Priggen MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher

Sylvia Löhrmann MdL, Fraktionsvorsitzende

und Fraktion